

Firma/Gericht/Behörde	Bereich	Information	V.-Datum
Flughafen Frankfurt - Hahn GmbH Lautzenhausen - Flughafen Hahn	Rechnungslegung/ Finanzberichte	Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2010	30.01.2012

## Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH

Lautzenhausen

### Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

#### Lagebericht

##### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das abgelaufene Geschäftsjahr war einerseits gekennzeichnet durch eine gesamtwirtschaftliche Erholung vom Konjunkturkrisenjahr 2009, andererseits aber auch durch einschneidende, außergewöhnliche Ereignisse. An erster Stelle zu nennen sind hier die mehrtägige Sperrung des deutschen Luftraums aufgrund der Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull im April 2010 sowie die Bauarbeiten an der Start-Landebahn im September, die zu einer knapp dreitägigen Schließung des Flughafens führten. Zusätzlich verringerte sich die Zahl der angebotenen Abflüge des Haupt-Passagiekunden Ryanair Ltd. durch weitere Verlagerung von Kurz- zu Mittelstreckenflügen bei gleichbleibender Zahl der stationierten Maschinen. Wenngleich dabei auch die Gesamtauslastung der durchgeführten Flüge zulegen konnte, so musste jedoch ein Rückgang bei den Passagierzahlen um 7,9 % von 3.793.958 (2009) auf nunmehr 3.493.629 verzeichnet werden. Diese Faktoren führten dazu, dass die Gesellschaft beim Passagieraufkommen nicht den positiven Wachstumstrend der anderen Großflughäfen entwickeln konnte. Diese konnten jedoch meist nur aufgrund der herben Verlustzahlen im Jahr 2009, die am Flughafen Frankfurt-Hahn unterdurchschnittlich waren, nahezu durchgehend ein positives Wachstum verzeichnen, dabei aber noch nicht in allen Fällen wieder das Niveau der Jahre 2007 und 2008 erreichen.

Im Bereich Luftfracht verzeichnete Frankfurt-Hahn, trotz des nach wie vor noch schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes, ein äußerst erfolgreiches Jahr 2010. Mit einem neuen Rekord von 228.547 to. geflogener Fracht, was einem Wachstum von 30,8 % entspricht, konnte ein Aufkommen erreicht werden, das um 27,4 % über dem bisherigen Rekordjahr 2008 liegt. Nahezu alle Frachtkunden wiesen im Jahr 2010 sehr gute Steigerungsraten beim Frachtaufkommen auf, die nicht nur der Erholung vom Jahr 2009 geschuldet waren. Besondere Mengentreiber waren im Jahr 2010 vor allem die Fluggesellschaften mit Eigenaufkommen, d. h. am Standort in Hahn verladener Fracht. Aeroflot sowie Etihad Cystal Cargo hatten sehr zufriedenstellende Tonnagezahlen. Air Cargo Germany schaffte es durch die Stationierung von zwei weiteren B747-400 Frachtern inzwischen zum mit Abstand größten Frachtkunden auf dem Hahn, sowohl hinsichtlich der abgefertigten Tonnage als auch hinsichtlich der absolvierten Flugbewegungen. Weiterhin konnten mit Centurion Cargo aus den USA sowie Silk Way Airlines aus Aserbaidzhan neue Frachtkunden gewonnen werden. Mit den bestehenden Fluggesellschaften werden nun auch wieder der afrikanische sowie nordamerikanische Kontinent bedient. Für das Frühjahr 2011 sind zudem auch Flüge von Air Cargo Germany nach Südamerika geplant.

Hinsichtlich der Entwicklung für 2011 ist im Bereich Luftfracht weiterhin mit einem deutlichen Wachstum zu rechnen. Air Cargo Germany hat bereits weitere Flugzeugstationierungen angekündigt. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sich die Bestandskunden erneut positiv entwickeln und weitere Frequenzen ab Hahn aufnehmen werden. Zudem sollte Hahn mit der zu erwartenden Entscheidung über Nachtflugeinschränkungen am Flughafen Frankfurt Rhein/Main neue Kunden für sich gewinnen können. Hahn ist der deutlich am nächsten gelegene Flughafen zu Frankfurt und gilt in Insiderkreisen als natürliche Alternative gerade bei Fracht und Charter, da diese häufig auf Nachtzeiten angewiesen sind. Gleichwohl ist generell im Passagierverkehr mit einer deutlichen Reduzierung um etwa 500.000 Passagiere zu rechnen. Aufgrund der seitens der Bundesregierung eingeführten Luftverkehrssteuer zum 1. Januar 2011 kündigte Ryanair die Streichung von neun Destinationen ab Hahn sowie die Reduzierung von Frequenzen auf zahlreichen weiteren Strecken an. Insgesamt reduziert Ryanair ihr Angebot in Hahn um 75 auf dann 191 Abflüge pro Woche. Durch den Bau der Wartungshalle und der Einrichtung des Schulungszentrums konnte größeren Auswirkungen entgegnet werden.

Der Flughafen Frankfurt-Hahn wird sich daher im Jahr 2011 in den beiden Geschäftsbereichen Passage und Fracht sehr unterschiedlich entwickeln. Während im Bereich Fracht ein weiterer deutlicher Rekord erwartet wird, mit einem grundsätzlich über dem Durchschnittswert der deutschen Wettbewerber liegenden Wachstumswert, wird der Bereich Passage einen weiteren Passagierückgang vermelden, der sich auch gegen den Wachstumstrend der Mitbewerber entwickeln wird. Gleichwohl bleibt hier abzuwarten, inwiefern sich die Luftverkehrssteuer auf die Verkehrszahlen der anderen deutschen Flughäfen auswirkt und, ob Passagiere in großer Zahl zu benachbarten Flughäfen im Ausland abwandern.

##### Branchenentwicklung

Insgesamt ist der Rückschlag im Luftverkehr durch die Wirtschaftskrise und die Luftraumsperrungen wieder aufgeholt. Unsicherheit im Passagierverkehr verspricht jedoch die zu Jahresbeginn in Deutschland eingeführte Luftverkehrssteuer, die den deutschen Markt einseitig belastet. Wie hoch die Verluste hierdurch sein werden, muss abgewartet werden. Aktuell gibt es nur sehr stark abweichende Prognosen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) erwartet für 2011 ein Zuwachs an Passagieren von bis zu 5 %, bei der Luftfracht um 10 %. Durch die Luftverkehrssteuer, die den Flughafen Frankfurt-Hahn durch seine Grenz Nähe und den ausschließlichen, preissensiblen low-cost-Verkehr und die dadurch bedingten Rücknahmen bei Reisezielen und Flugfrequenzen besonders trifft, werden im laufenden Jahr Passagiereinbußen in Höhe von 15 bis 20 % zu verzeichnen sein. Die positive Entwicklung im Frachtbereich wird in ihrer Ausprägung neben der gesamtwirtschaftlichen Lage auch von der Schnelligkeit des Ausbaus neuer Infrastruktur und vom Ausmaß der Nachtflugeinschränkungen in Frankfurt/Main abhängen.

Insgesamt werden die deutschen Verkehrsflughäfen in den kommenden Jahren wieder über 15 Mrd. Euro investieren. Mit dem Ausbau und der Erneuerung wichtiger Infrastruktur (Frachtpositionen, Rollwege, Bahnanschluss „Koblenz“) wird auch der Flughafen Frankfurt-Hahn an dieser Entwicklung teilhaben und wettbewerbsfähig in die Zukunft gehen.

##### Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2010 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 10,9 Mio. (Vj. vor anteiligem Verlustausgleich EUR 12,7 Mio.) ab. Der im Vorjahr nach dem anteiligen Verlustausgleich verbliebene Verlust von 7,1 Mio. Euro wurde mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Ein Beschluss über die Ergebnisverwendung des Jahres 2010 wurde durch die Gesellschafter zum Bilanzstichtag noch nicht gefasst.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um EUR 1,2 Mio. auf EUR 43,2 Mio. gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 2,8 %. Die Steigerung wurde im Bereich Aviation (EUR 2,4 Mio.) erzielt, während Non-Aviation (EUR -1,1 Mio.) sowie Sonstige Erlöse (EUR -0,2 Mio.)

abnehmen.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (EUR 14,3 Mio.) haben sich im Vergleich zum Vorjahr (EUR 11,4 Mio.) die Erträge aus dem zwischen unserer Gesellschaft und der EGH - Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH geschlossenen Optionsvertrag zur Entwicklung der landseitigen Flughafenflächen mit EUR 3,4 Mio (Vj. EUR 4,6 Mio.). ausgewirkt. Weiterhin hat sich der Landeszuschuss für Sicherheitskosten auf EUR 6,7 Mio. (Vj. EUR 3,5 Mio. €) erhöht. Die im Vorjahr ausgewiesenen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil (EUR 1,1 Mio.) haben sich um EUR 0,3 Mio. auf EUR 1,4 Mio. erhöht.

Die Gesamtleistung (Umsatzerlöse und Erträge) lag mit EUR 57,8 Mio. um EUR 4,2 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR 53,6 Mio.).

Der Steigerung bei den Umsatzerlösen stehen Mehraufwendungen beim Materialaufwand um EUR 2,7 Mio. auf EUR 27,7 Mio. gegenüber. Hierbei stehen den Mehraufwendungen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (EUR 3,0 Mio.) geringere Aufwendungen bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen (EUR 0,3 Mio.) gegenüber. Mehraufwendungen sind im Wesentlichen bei den Flächen- und Flugzeugenteisungsmitteln (EUR 2,3 Mio.) durch zwei harte Winter sowie bei den Materialeinkäufen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (EUR 0,4 Mio.) entstanden.

Die Personalaufwendungen haben sich bedingt durch die Neueinstellungen und Tarifrifft sowie eine geringfügige Erhöhung der Tariflöhne und durch Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen um EUR 2,0 Mio. auf EUR 17,9 Mio. erhöht.

In den Abschreibungen von EUR 11,8 Mio. (Vj. EUR 12,5 Mio.) sind planmäßige Abschreibungen von EUR 11,6 Mio. (Vj. EUR 11,1 Mio.) enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um EUR 0,2 Mio. auf EUR 8,0 (Vj. EUR 7,8 Mio.) gestiegen. Den geringeren Aufwendungen bei der Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (EUR 0,2 Mio.), den Aufwendungen für die Kommunikation (EUR 0,2 Mio.), den Aufwendungen für Beiträge und Wertkorrekturen sowie Sonstiges (EUR 0,1 Mio.) stehen Mehraufwendungen bei den Sonstigen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EUR 0,5 Mio.) und die gestiegenen Aufwendungen für Arbeits- und Schutzkleidung (EUR 0,2 Mio.) gegenüber.

Das EBITDA - Ergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 0,6 Mio. auf EUR 4,3 Mio. vermindert, bleibt damit aber weiterhin stark positiv.

Der Jahresfehlbetrag (ohne die die Erträge aus Verlustübernahme im Vorjahr) lag auch durch das gegenüber dem zum Vorjahr um EUR 2,1 Mio. verbesserte jedoch weiterhin negative Finanzergebnis in Höhe von EUR -2,8 Mio. mit EUR -10,9 Mio. (Vj. EUR -12,7 Mio.) besser als das Vorjahrsergebnis. Hierbei ist im Jahr 2010 mit EUR -0,3 Mio. auch das einmalige außerordentliche Ergebnis aufgrund der Umstellung auf das BilMoG zu berücksichtigen.

### Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft ist über die Teilnahme der Gesellschaft am Liquiditätspool des Landes Rheinland-Pfalz gesichert. Hier verfügt die Gesellschaft über einen Kreditrahmen von EUR 45 Mio., welcher am Stichtag mit EUR 40,3 Mio. in Anspruch genommen war. Eine weitere Darlehensaufnahme ist im Geschäftsjahr nicht erfolgt.

In 2010 führte der Saldo aus (netto) Mittelzuflüssen aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 1,3 Mio. und aus (netto) Mittelzuflüssen im Zusammenhang mit der Finanzierungstätigkeit in Höhe von EUR 11,9 Mio. sowie aus (netto) Mittelabflüssen aus Investitionstätigkeit (EUR 13,4 Mio.) insgesamt zu einem negativen Cashflow von EUR 0,2 Mio. Somit verringerte sich der Finanzmittelfonds (Bankguthaben sowie Kassenbestand) auf EUR 0,4 Mio.

Die Gesellschaft hat die Zins- und Tilgungsleistungen für die Bankverbindlichkeiten entsprechend den jeweiligen Fälligkeitsterminen erfüllt. Bei der in 2004 durchgeführten Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 18,0 Mio. bei der IKB wurde zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos ein Payer-Swap abgeschlossen. In gleicher Weise wurden im Geschäftsjahr 2005 zwei zum Stichtag endfällige Darlehen in Höhe von jeweils EUR 20 Mio. (NASPA/KfW) mit einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2014 prolongiert und zinsgesichert. Das Darlehen von EUR 20 Mio. bei der KfW wurde im Rahmen der Neustrukturierung durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH übernommen.

Die Marktwerte der Swaps wurden entsprechend den Marktbewertungsmethoden durch die Kreditinstitute ermittelt und belaufen sich auf EUR -3,2 Mio. (Vj EUR -2,9 Mio.) für die drei Darlehen.

### Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich um EUR 37,7 Mio. auf EUR 191,3 Mio. verringert. Dies ist im Wesentlichen auf der Aktivseite durch den Rückgang der Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände (EUR 39,6 Mio.) zurückzuführen. Hierin sind, bedingt durch die Kündigung des Optionsvertrages durch die EGH, im Wesentlichen der Rückgang der Forderungen aus Optionsgebühr (EUR 41,2 Mio.) enthalten. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben hingegen um EUR 1,7 Mio. auf EUR 6,9 Mio. zugenommen. Der Vorratsbestand hat sich um EUR 0,1 Mio. auf EUR 1,1 Mio. erhöht.

Die Sachanlagen betragen EUR 170,4 Mio. und sind zu 32,1 % (Vj. 37,8%) durch Eigenkapital gedeckt.

In Sachanlagen wurden im Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von EUR 14,6 Mio. getätigt.

Die Eigenkapitalquote ist trotz einer verringerten Bilanzsumme mit 28,6 % (Vj. 28,6 %) unverändert.

Auf der Passivseite verringerten sich die Verbindlichkeiten um EUR 27,4 Mio. Dies ist im Wesentlichen durch die Kündigung des Optionsvertrages durch die EGH Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH zum 31. Dezember 2010 und der damit verbundenen Ausbuchung der Verbindlichkeit aus dem Optionsvertrag (EUR 37,7 Mio.) zurückzuführen. Gleichzeitig haben sich die Bankverbindlichkeiten um EUR 11,8 Mio. erhöht. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden um EUR 0,6 Mio. reduziert.

### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt zum Stichtag (31.12.10) inklusive sieben Auszubildenden, Aushilfen und Praktikanten 384 (Vj 370) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Darüber hinaus betreut die Gesellschaft weiterhin drei Auszubildende zum Luftverkehrskaufmann/-frau in Kooperation mit der Fraport AG.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2010 je einen Kooperationsvertrag mit der Fachhochschule (FH) Worms und der Industrie- und Handelskammer (IHK) Koblenz geschlossen. Der Kooperationsvertrag mit der FH Worms regelt die Teilnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft an dem neu gegründeten dualen Studiengang „Bachelor of Arts in Aviation Management“. Der Kooperationsvertrag mit der IHK Koblenz regelt die Aufnahme von Praktikanten der Realschule Plus in Sohren. Zum Stichtag haben weder Mitarbeiter am dualen Studiengang teilgenommen, noch hat die Gesellschaft aufgrund des Kooperationsvertrages mit der IHK Koblenz Praktikanten beschäftigt.

### Investitionen

Nachdem im vergangenen Jahr die Investitionen zurückgenommen wurden, hat die Gesellschaft auf Grund des sich positiv entwickelnden wirtschaftlichen Umfeldes die Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr wieder ausgedehnt. So lagen die Investitionen mit EUR 15,5 Mio. um EUR 8,2 Mio. über denen des Vorjahres. Die wesentlichen Investitionen betreffen bei den Immateriellen Vermögensgegenständen mit EUR 0,8 Mio. die Einleitungsrechte für die Kläranlage Kyrbachtal. Die Investitionen im Bereich Grund- und Boden betreffen mit EUR 0,6 Mio. die Abstellposition G5 und mit EUR 0,2 Mio die Erschließung der neuen Wartungshalle. Bei den Technischen Anlagen entfallen die Zugänge im Wesentlichen mit EUR 5,4 Mio. auf den Neubau der Deckschicht der Start- und Landebahn. Die Zugänge bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung betreffen im Wesentlichen die Beschaffung eines gebrauchten Feuerwehrfahrzeuges (EUR 0,3 Mio.). In den Anlagen im Bau (EUR 8,1 Mio.) sind Investitionen in das Rollwegesystem (EUR 2,3 Mio.), in den Bau der Abstellposition G5 (EUR 2,3 Mio.) und in die Erweiterung des Tanklagers (EUR 1,2 Mio) enthalten. Weiterhin sind hier Investitionen für den Terminalausbau (EUR 0,1 Mio.), die

Ausbauplanung (EUR 0,1 Mio.) und den Neubau des ATC Tower (EUR 0,5 Mio.) erfasst.

#### Umweltschutz

Es wurde im Geschäftsjahr 2010 damit begonnen ein großes Speicherbecken für Enteisungsabwasser mit einem Fassungsvermögen von ca. 100.000 m<sup>3</sup> zu planen. Nach Vorlage der Vorplanung wurde die Maßnahme mit den Genehmigungsbehörden und der Forstverwaltung abgestimmt. Als Vorbereitung für die weiteren Planungsschritte wurden Bodengutachten, die Statik und die Prüfstatik beauftragt. Die Maßnahme soll voraussichtlich im März 2011 zur Genehmigung bei der Kreisverwaltung Simmern eingereicht und anschließend ausgeschrieben werden. Ziel ist es, dass das neue Becken bis zum Beginn der Winterperiode erstellt und an den Betrieb übergeben wird. Mit diesem Becken stehen dann insgesamt 160.000 m<sup>3</sup> Speichervolumen für Enteisungswasser am Flughafen bereit, sodass dann die teuren und die Umwelt belastenden Tankwagentransporte zu den umliegenden Kläranlagen im Umkreis von ca. 50 km entfallen können.

#### Nachtragsbericht

Der von der Deutschen Lufthansa AG gegen die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH anhängig gemachte Rechtsstreit wegen angeblich europarechtswidriger Beihilfen ist am 10. Februar 2011 vom Bundesgerichtshof (BGH) (Aktz: I ZR 136/09) entschieden worden. Der BGH hat den Rechtsstreit an das OLG Koblenz zurückverwiesen.

Der BGH sieht in Art. 88 Abs. 3 EGV ein Schutzgesetz, das auch im Interesse der Konkurrenten eines Beihilfeempfängers besteht. Nach Ansicht des BGH kommt außerdem in Betracht, dass Ansprüche der Lufthansa gegen die FFHG auf delikts- und wettbewerbsrechtlicher Grundlage bestehen. Dies hatten die Vorinstanzen anders gesehen, weshalb der BGH das Urteil des OLG Koblenz aufgehoben und den Rechtsstreit an das OLG Koblenz zurückverwiesen hat.

Das OLG Koblenz wird unter Zugrundelegung der Rechtsansicht des BGH zu entscheiden haben, ob in dem Marketing Support, den Ryanair in den Jahren 2002 bis 2005 erhalten hat, und in den Flughafenentgelten, die in diesen Jahren von Ryanair an uns gezahlt worden sind, unzulässige staatliche Beihilfen zu sehen sind.

In einem Beschluss vom 23. Januar 2008 hatte sich das OLG Koblenz zu dieser Rechtsfrage bereits ausführlich geäußert und das Vorliegen staatlicher Beihilfen abgelehnt. Dies wurde beim späteren Urteil des Gerichts allerdings nicht mehr berücksichtigt, da die Frage, ob Beihilfen vorliegen oder nicht, nach Ansicht des OLG Koblenz nicht entscheidungsrelevant war, da schon keine Anspruchsgrundlage besteht.

Das OLG Koblenz wird die Prüfung, ob staatliche Beihilfen vorliegen, nunmehr erneut vornehmen. Es spricht nach unserer Auffassung vieles dafür, dass das OLG Koblenz seine bereits geäußerte Rechtsansicht beibehält und staatliche Beihilfen ablehnt, so dass die Klage der Lufthansa erneut abgewiesen werden würde. Der Senat ist allerdings nicht an seine seinerzeitigen Ausführungen gebunden. Er kann die Rechtslage heute auch anders einschätzen.

Sollte das OLG zu einer anderen Einschätzung der Rechtslage kommen, ist allerdings zu berücksichtigen, dass wettbewerbsrechtliche Ansprüche innerhalb einer kurzen Verjährungsfrist von 6 Monaten verjähren und deliktische Ansprüche innerhalb von drei Jahren. Hierauf hat der BGH auch ausdrücklich hingewiesen.

Da die Klage der Lufthansa erst im Jahr 2006 eingereicht wurde, dürften nach unserer Rechtsauffassung die wettbewerbsrechtlichen Ansprüche nahezu allesamt verjährt sein.

#### Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde durch die in 2009 gegründete EGH -Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH, welche die Entwicklung und Erschließung der landseitigen Flächen vorantreiben soll, eine weitere Option in Höhe von 23 ha auf die landseitigen Grundstücksflächen der Gesellschaft ausgeübt. Die EGH hat somit etwa 50 Hektar von der FFHG erworben. Die EGH hat den Optionsvertrag vorzeitig zum 31. Dezember 2010 gekündigt, da bis zum 30. September 2010 nicht der im Vertrag vorgesehene Abschluss eines städtebaulichen Vertrags über die Entwicklung der Optionsflächen abgeschlossen werden konnte. Der Abschluss eines solchen Vertrages wird im Jahr 2011 durch die neu bestellte Geschäftsführung der EGH angestrebt. In diesem Zusammenhang wird auch eine Klärung über die Fortführung des bisherigen oder eines veränderten Optionsvertrages herbeizuführen sein.

Die für 2010 vorgesehene Erweiterung und Optimierung des Terminals wurde auf Grundlage der Diskussion und die letztlich per Gesetz durch die Bundesregierung eingeführte Luftverkehrssteuer zurzeit nicht weiter verfolgt, da zunächst die Auswirkungen auf den Passagierverkehr abgewartet werden müssen. Eine erste Reaktion erfolgte durch Ryanair Ltd, die als Folge der eingeführten Steuer eine Reduzierung der am Standort stationierten Flugzeuge und eine Reduktion der angebotenen Flugziele und Frequenzen umsetzen wird.

Auf Grundlage der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung geht die Gesellschaft für das kommende Geschäftsjahr im Passagierbereich von einer Verringerung von bis zu 18 % im Passagieraufkommen aus, welcher durch Steigerungen in den Folgejahren von durchschnittlich 4 % p. a. wieder kompensiert werden soll.

Im Frachtbereich wird erwartet, dass sich der positive Trend aus 2010 fortsetzt und sich durch den erwarteten Ausweichverkehr aus Frankfurt zusätzliche Frachtmengen generieren lassen. Diese Annahme basiert im Wesentlichen auf der Entwicklungsmöglichkeit in diesem Geschäftsfeld durch die bestehende 24-Stunden-Genehmigung und der verlängerten Start-/Landebahn.

Weiter steigenden Personalkosten insbesondere durch die aktuellen Tarifverhandlungen für die Fluglotsen und Flugsicherungstechniker stehen mögliche Steigerungen der Einnahmen im Bereich der Flughafenentgelte und des Bodenverkehrsdienstes sowie im Einzelhandel im Terminal gegenüber.

Ein rechtliches Risiko besteht in dem laufenden Verfahren vor der EU-Kommission bezüglich der Rückforderung eventueller „Beihilfen“.

Eine Verpflichtung zur Rechnungslegung und Buchführung nach den Vorgaben des §10 EnWG wird nach unserer Ansicht nur dann eintreten, wenn der deutsche Gesetzgeber die Vorschrift des §110 (1) Nr. 2 EnWG aufheben oder die Bundesnetzagentur als zuständige Regulierungsbehörde eine solche Verfügung gestützt auf § 65 EnWG erlassen würde.

Es besteht, trotz des sich verbessernden konjunkturellen Umfeldes, das weitere Risiko möglicher Insolvenzen von Kunden (Airlines, Mieter, Erbbaurechtsnehmer), was zu Forderungsausfällen führen kann.

Für das aktuelle Jahr erwartet die Gesellschaft nach Beendigung der Talsohle der Wirtschaftskrise eine Stabilisierung und Konsolidierung auf einem leicht ansteigenden wirtschaftlichen Niveau. Die Gesellschaft geht ab dem Jahr 2012 von einem sich weiter abschmelzenden negativen Jahresergebnis aus. Bestandsgefährdende Risiken sind aktuell nicht erkennbar.

Lautzenhausen, 15. Februar 2011

**Jörg Schumacher, Geschäftsführer (Sprecher)**  
**Wolfgang Pollety, Geschäftsführer**

#### Bilanz

##### Aktiva

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.691.736,00	424.926,00
II. Sachanlagen	170.392.809,67	173.573.620,51

III. Finanzanlagen	0,00	136.573,09
	176.084.545,67	174.135.119,60
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
I. Vorräte	1.119.481,70	953.559,96
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.500.377,62	53.109.457,79
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	406.050,24	625.878,24
	15.025.909,56	54.688.895,99
C. Rechnungsabgrenzungsposten	224.357,64	239.998,19
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	15.143,26	0,00
	191.349.956,13	229.064.013,78

#### Passiva

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Gezeichnetes Kapital	50.000.000,00	50.000.000,00
II. Kapitalrücklage	15.536.184,91	22.650.350,66
III. Andere Gewinnrücklagen	32.820,86	0,00
IV. Jahresfehlbetrag	-10.855.691,52	-7.114.165,75
	54.713.314,25	65.536.184,91
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	4.764.999,14	5.668.716,37
<b>C. Rückstellungen</b>	7.902.628,93	6.401.623,12
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	123.744.797,00	151.184.208,75
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	224.216,81	273.280,63
	191.349.956,13	229.064.013,78

#### Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
1. Umsatzerlöse	43.201.582,08	42.036.701,67
2. Bestandsveränderung	80.000,00	0,00
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	246.411,27	97.155,73
4. Sonstige betriebliche Erträge	14.308.142,38	11.443.206,51
	57.836.135,73	53.577.063,91
5. Materialaufwand	27.650.174,14	24.979.588,32
6. Personalaufwand	17.893.603,87	15.883.079,43
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	11.827.194,24	12.480.275,05
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.029.398,82	7.796.811,17
9. Finanzergebnis	-2.778.062,94	-4.915.393,44
	68.178.434,01	66.055.147,41
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-10.342.298,28	-12.478.083,50
11. Ausserordentliches Ergebnis	-272.547,17	0,00
12. Sonstige Steuern	-240.846,07	-257.452,22
13. Erträge aus Verlustübernahme	0,00	5.621.369,97
14. Jahresfehlbetrag	-10.855.691,52	-7.114.165,75

#### Anhang

##### I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

###### (1) Vorbemerkungen

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes in der Fassung des vom Bundesrat verabschiedeten Gesetzes vom 3. April 2009 (BilMoG) aufgestellt. Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind gesetzlich vorgegebene Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Soweit Angaben wahlweise im Anhang oder in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen können, erfolgen sie im Anhang. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewandt.

###### (2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich beibehalten worden. Aufgrund des BilMoG sind Änderungen bei der Bewertung von Planvermögen, der Rückstellungen sowie der Fremdwährungsumrechnung eingetreten. Die Vorjahreszahlen wurden unter Inanspruchnahme des Wahlrechts gemäß Art. 67 Abs. 8 EGHGB nicht an die infolge des BilMoG geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über eine Nutzungsdauer zwischen drei und zehn Jahren abgeschrieben. Das Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 HGB zur Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände wird nicht ausgeübt.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um nutzungsbedingte planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten sowie angemessene Gemeinkostenanteile. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen ausschließlich linear "pro rata temporis". Geringwertige Anlagegüter im Einzelwert bis EUR 150,00 werden sofort abgeschrieben, solche Anlagegüter, deren Wert EUR 151,00, aber nicht EUR 1.000,00 übersteigt,



werden im Zugangsjahr zusammengefasst und pauschal über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, sind gem. § 246 Abs 2 S.2 HGB mit diesen Schulden verrechnet.

Das Saldierungsgebot gilt auch für korrespondierende Aufwendungen und Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung der Schulden und aus der Bewertung dieser Vermögensgegenstände. Die zur Saldierung herangezogenen Vermögensgegenstände werden gemäß § 253 Abs. 1 S.4 HGB vollständig zum beizulegenden Zeitwert auf der Basis von Marktwerten am Bilanzstichtag bewertet. Für die mit den Vermögensgegenständen verbundenen Verpflichtungen ist der § 253 Abs. 1 S.3 HGB einschlägig.

Bei der Flughafen Frankfurt Hahn GmbH wird das Planvermögen, das der Erfüllung von Schulden aus Altersteilzeitverpflichtungen (Rückdeckungsversicherung) dient, mit der entsprechenden Altersteilzeitverpflichtung verrechnet. Saldiert werden auch die korrespondierenden Aufwendungen und Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung der Altersteilzeitverpflichtungen und aus der Bewertung des Planvermögens. Die Altersteilzeitverpflichtungen werden zum Wert des garantierten Mindestverpflichtungsumfanges angesetzt. Der Saldo aus den Unterschiedsbeträgen des zum 1. Januar 2010 gegenüber den Anschaffungskosten/Buchwerten neu bewerteten Deckungsvermögens und der Schulden in Höhe von TEUR 2 wurde vollständig im außerordentlichen Aufwand erfasst.

Da der Zeitwert des Deckungsvermögens die Anschaffungskosten zum Bilanzstichtag übersteigt, ist aus der Bewertung des Deckungsvermögens ein abführungsgesperter Ertrag von T€ 3 entstanden.

Die Flughafen Frankfurt Hahn GmbH hat darüber hinaus langfristig fällige Verpflichtungen aus Wertguthaben für Lebensarbeitszeitkonten. Diese werden gem. § 246 Abs. 2 S. 2 HGB mit der hierfür abgeschlossenen Rückdeckungsversicherung verrechnet. Sofern die Neubewertung zum 1. Januar 2010 - gegebenenfalls nach Verrechnung mit dem Deckungsvermögen - eine Verminderung der Rückstellung zur Folge hatte, die bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder aufgeholt werden müsste, wurde von dem Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB kein Gebrauch gemacht, und die Rückstellung entsprechend aufgelöst. Der Unterschiedsbetrag von TEUR 14 wurde unmittelbar in die Gewinnrücklagen eingestellt. Nach dem 1. Januar 2010 angefallene Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen werden im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, Erträge und Aufwendungen aus der Ab-/ Aufzinsung werden gesondert im Zinsergebnis ausgewiesen. Beim Deckungsvermögen war keine Anpassung vorzunehmen. Da zum 31. Dezember 2010 das Deckungsvermögen von TEUR 87 die Rückstellung von TEUR 72 übersteigt ergab sich in der Bilanz ausgewiesene aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung von TEUR 15.

Die Bewertung der **Vorräte** (Hilfs- und Betriebsstoffe, sowie nicht abgerechnete Leistungen) erfolgt zu den durchschnittlichen Anschaffungskosten bzw. zu den letzten niedrigeren Einstandspreisen. Risiken in den Beständen, die sich aus eingeschränkter Verwendbarkeit, langer Lagerdauer, Preisänderungen am Beschaffungsmarkt oder sonstigen Wertminderungen ergeben, sind durch Abwertungen berücksichtigt.

**Forderungen** und **Sonstige Vermögensgegenstände** sind mit dem Nennwert angesetzt. Allen erkennbaren Risiken wird durch ausreichende Wertberichtigung Rechnung getragen. Für das allgemeine Kreditrisiko besteht eine 2%ige Pauschalwertberichtigung. Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** werden mit dem Nennwert angesetzt.

Die **Pensionsrückstellungen** werden nach der Anwartschaftsbarwertmethode (Projected Unit Credit-Methode) mit dem von der Deutschen Bundesbank im Oktober 2010 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 5,16 % (zum 1. Januar 2010: 5,26 %). Im Vorjahr wurde ein Rechnungszinssatz von 6 % p.a. zu Grunde gelegt. Für die biometrischen und ökonomischen Annahmen über Sterblichkeit, Verheiratungswahrscheinlichkeit und der Invalidisierungswahrscheinlichkeit wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Bezüglich der Anpassung der Renten wird von einer jährlichen Steigerung von 1% ausgegangen. Der aus der geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen resultierende Erhöhungsbetrag gem. Art. 67 Abs. 2 EGHGB von TEUR 271 wurde zum 1. Januar des Berichtsjahres in vollem Umfang zugeführt und als außerordentlicher Aufwand erfasst. Planvermögen ist zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

Die Rückstellung für **Altersteilzeit** wird nach versicherungsmathematischen Gutachten in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages mit dem von der Deutschen Bundesbank im Oktober 2010 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von zwei Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 3,91% (zum 1. Januar 2010: 3,96 %). Im Vorjahr wurde ein Rechnungszinssatz von 5,5 % p.a. verwendet. (i. Vj. 5,5 %). Bei der Bewertung wird ein jährlicher Gehaltstrend von 2,5% angenommen. Dabei wurden die Heubeck Richttafeln 2005 G zugrunde gelegt. Durch die geänderte Bewertung zum 1. Januar 2010 ergab sich nach der Saldierung mit dem Deckungsvermögen eine Erhöhung der Rückstellung von TEUR 2, welche im außerordentlichen Ergebnis erfolgswirksam erfasst wurde. Gem. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde das am Bilanzstichtag bestehende Deckvermögen in Form einer Rückdeckungsversicherung in Höhe von TEUR 125 mit dem Verpflichtungsbetrag von TEUR 156 saldiert. Die Anschaffungskosten des Vermögensgegenstandes belaufen sich auf TEUR 125. Verrechnete Aufwendungen und Erträge ergaben sich in Höhe von TEUR -6.

Die **Steuerrückstellungen** und die **sonstigen Rückstellungen** tragen allen erkennbaren bilanzierungspflichtigen Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung. Sie sind, soweit sie eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr haben, in Höhe des voraussichtlich notwendigen Erfüllungsbetrages, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank im Oktober 2010 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre entsprechend ihrer jeweiligen Restlaufzeit abgezinst. Künftige Preis- und Kostensteigerungen sind mit berücksichtigt. Sofern die Neubewertung zum 1. Januar 2010 eine Verminderung der Rückstellung zur Folge hatte, die bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder aufgeholt werden müsste, wurde von dem Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB kein Gebrauch gemacht, und die Rückstellung entsprechend aufgelöst. Der Unterschiedsbetrag von TEUR 19 wurde unmittelbar in die Gewinnrücklagen eingestellt. Nach dem 1. Januar 2010 angefallene Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen werden im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, Erträge und Aufwendungen aus der Ab-/ Aufzinsung werden gesondert im Zinsergebnis ausgewiesen.

Von dem Beibehaltungswahlrecht der **Aufwandsrückstellungen** nach Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB wurde Gebrauch gemacht.

Die **Verbindlichkeiten** sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Es bestehen keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Aufgrund der Ausübung des Wahlrechts in § 274 Abs. 1 HGB werden die aktiven latenten Steuern von TEUR 28 nicht bilanziert. Für die Körperschaftsteuer wurde ein Steuersatz von 15,0 %, für den Solidaritätszuschlag von 0,83 % und für die Gewerbesteuer von 12,6 % angesetzt.

Fremdwährungsforderungen bzw. Fremdwährungsverbindlichkeiten in Fremdwährung werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

## II. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

### (3) Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Rückwirkend zum 1. Januar 2010 wurde die Beteiligung an der 100 %igen Tochtergesellschaft HCM, deren Buchwert im Jahr 2008 voller Höhe wertberichtigt worden war, veräußert.

### (4) Vorräte

31.12.2010

31.12.2009

	EUR	EUR
Hilfs- und Betriebsstoffe	1.039.481,70	953.559,96
Unfertige Leistungen	80.000,00	0,00
	1.119.481,70	953.559,96

Die Hilfs- und Betriebsstoffe enthalten im Wesentlichen Enteisungsmittel, Werkstattmaterial und Heizöl. Die unfertigen Leistungen betreffen eine noch nicht abgerechnete Versorgungsleistung.

#### (5) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.926.636,66	5.223.641,95
Sonstige Vermögensgegenstände	6.573.740,96	47.885.815,84
(davon Gesellschafter Land Rheinland-Pfalz)	(5.909.184,11)	(5.621.369,97)
(davon aus Optionsvertrag EGH)	(0,00)	(41.189.864,32)
	13.500.377,62	53.109.457,79

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Forderungen gegen den Gesellschafter Land Rheinland-Pfalz in Höhe von TEUR 5.909 (i. Vj. TEUR 5.621). Davon betreffen TEUR 5.621 den noch zu erbringenden Verlustausgleich bzgl. der ersten zwei Monate des Geschäftsjahres 2009, von welchem die ehemalige Gesellschafterin, die Fraport AG, gem. des Geschäftsanteilskaufvertrages vom 30. Januar 2009, durch das Land Rheinland-Pfalz freigestellt wurde. Nachdem diese Forderung im Berichtsjahr nicht ausgeglichen wurde, wurde eine Verzinsung für den Zeitraum 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010 mit einem Zinssatz von 5,12% vereinbart. Die Zinsen belaufen sich auf TEUR 288 und sind ebenfalls in den sonstigen Vermögensgegenständen enthalten.

Im Jahr 2009 wurde ein Optionsvertrag mit der EGH Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH geschlossen, woraus die im Vorjahr ausgewiesenen sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 41.190 TEUR resultieren. Durch die Kündigung des Kaufoptionsvertrages zum 31. Dezember 2010, von Seiten der EGH, entfällt diese Forderung zum Bilanzstichtag.

Sämtliche Forderungen haben eine Laufzeit von unter einem Jahr.

#### (6) Flüssige Mittel

Der Posten enthält mit TEUR 71 (i. Vj. TEUR 77) den Kassenbestand einschließlich Wechselgeld und mit TEUR 335 (i. Vj. TEUR 549) Bankguthaben.

#### (7) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten betrifft Kfz-Steuern, Versicherungen, einen Kraftfahrzeug-Werbevertrag, Werbemaßnahmen sowie eine im Jahr 2005 geleistete Mietvorauszahlung, die über die Laufzeit des Mietvertrags aufgelöst wird. Im Berichtsjahr wurden Aufwendungen für ein Abonnement bis zum Jahr 2016 abgegrenzt. Ebenfalls wurden Abgrenzungen von Marketingaufwendungen für Fluggesellschaften vorgenommen.

#### (8) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Der Posten betrifft den die Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten übersteigenden Zeitwert der zugehörigen Wertguthaben.

#### (9) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt EUR 50.000.000,00. Am Stammkapital sind das Land Rheinland-Pfalz mit 82,5 % und das Land Hessen mit 17,5 % beteiligt. Das gezeichnete Kapital ist vollständig einbezahlt.

Darüber hinaus verpflichteten sich das Land Rheinland-Pfalz und das Land Hessen gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30. März 2005 EUR 22.500.000,00 in die Kapitalrücklage zu leisten. Hiervon wurden in den Jahren 2006 bis 2009 EUR 11.250.000,00 durch das Land Rheinland-Pfalz und EUR 11.250.000,00 durch das Land Hessen gezahlt. Somit sind alle Zahlungsverpflichtungen bezüglich der Kapitalrücklage erfüllt.

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 26. März 2010 wurde der im Geschäftsjahr 2009 entstandene Jahresfehlbetrag von EUR 7.114.165,75 zum 1. Januar 2010 durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Demnach verbleibt am Bilanzstichtag des Berichtsjahres eine Kapitalrücklage von TEUR 15.536.

Die Gewinnrücklagen betreffen ausschließlich andere Gewinnrücklagen und weisen per 31. Dezember 2010 einen Betrag in Höhe von EUR 32.820,66 aus.

Die im Rahmen der Erstanwendung des BilMoG vorgenommene Neubewertung von Rückstellungen zum 1. Januar 2010 hatte anteilige Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von insgesamt EUR 32.820,66 zur Folge. Dieser Betrag wurde gemäß Art. 67 Abs. 1 S. 3 EGHGB unmittelbar in die Gewinnrücklagen eingestellt.

#### (10) Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Für die bis zum Jahr 2004 vom Land Rheinland-Pfalz gewährten Investitionszuschüsse für die Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen und Erschließungsmaßnahmen wurde ein Sonderposten gebildet, der entsprechend den Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst wird.

#### (11) Rückstellungen

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Pensionsrückstellungen	1.607.250,00	949.768,00
Steuerrückstellungen	61.167,45	89.590,85
Sonstige Rückstellungen	6.234.211,48	5.362.264,27
	7.902.628,93	6.401.623,12

Die Pensionsrückstellung, die insgesamt 410 (i.Vj. 371) Anwärter und einen (i.Vj. 0) Rentempfänger betrifft, wurde durch ein versicherungsmathematisches Gutachten der Firma Rauser Towers Perrin AG vom 6. Dezember 2010 bewertet. Die Pensionsverpflichtung ergibt sich aus dem Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung vom 16. November 2000. Die Anwartschaften von 410 (i.Vj. 237) Anwärtern aus dem Aufbaukonto (TEUR 1.201; i.Vj. TEUR 872) sind in vollem Umfang unverfallbar. Sämtliche Anwartschaften auf dem Basiskonto sind zum Bilanzstichtag noch verfallbar.

Die Steuerrückstellungen betreffen Umsatzsteuer-Nachzahlung aus der Betriebsprüfung der Jahre 1999 bis 2003 (TEUR 13), pauschale Lohnsteuer (TEUR 22) und Ökostromsteuer (TEUR 25; i.Vj. TEUR 68).

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten:

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Personalbezogene Rückstellungen		
Urlaub	266	309
Überstunden	141	120

Altersteilzeit	31	157
Übrige	419	375
	857	961
Ausstehende Rechnungen	2.308	1.792
Altlastensanierung	1.500	1.502
Unterlassene Instandhaltung	827	510
Bewirtschaftung Parkhaus	249	0
Prozesskosten	234	370
Schallschutzprogramm	111	111
Übrige	148	116
	6.234	5.362

Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden im Jahr 2010 mit dem Deckungsvermögen saldiert. Die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung betrifft Instandhaltungsmaßnahmen, die in den ersten drei Monaten des Folgejahres nachgeholt werden. Im Jahr 2010 wurde eine Rückstellung für drohende Verluste aus der Bewirtschaftung des Parkhauses (P1), bedingt durch den erwartenden Passagierückgang infolge der von der Bundesregierung zum 1. Januar 2011 eingeführten Luftverkehrsabgabe gebildet, die mit dem Barwert bilanziert ist.

## (12) Verbindlichkeiten

	31.12.2010 TEUR	davon mit einer Restlaufzeit			31.12.2009 TEUR
		bis zu 1 Jahr TEUR	von 1 bis 5 Jahren TEUR	über 5 Jahre TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	118.134	50.597	63.487	4.050	106.293
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.275	5.275			5.921
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0			93
Sonstige Verbindlichkeiten	336	336			38.877
(davon aus Steuern)	(0)	(0)			(235)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(0)	(0)			(0)
	123.745	56.208	63.487	4.050	151.184

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen einerseits aus der Inanspruchnahme des Liquiditätspools beim Land Rheinland-Pfalz (TEUR 40.280; i.VJ TEUR 17.622), aber zum größten Teil aus Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH (TEUR 57.854; i.VJ TEUR 68.671). Diese sind vom Land Rheinland-Pfalz besichert. Die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH hatte für die Sicherheitengestellung in 2010 ein Bürgschaftsentgelt i. H. v. insgesamt TEUR 721 (i. Vj. TEUR 284) zu entrichten.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen zum Abschlussstichtag nicht mehr, da die Geschäftsanteile an der 100%igen Tochtergesellschaft, der Hahn Campus Management GmbH, zum 1. Januar 2010 verkauft wurden.

Die im Vorjahr in den sonstigen Verbindlichkeiten enthaltenen Verbindlichkeiten aus dem Optionsvertrag mit der EGH von TEUR 37.740 entfallen zum Bilanzstichtag, da der Kaufoptionsvertrag zum 31. Dezember 2010 gekündigt wurde.

## (13) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten betrifft im Wesentlichen eine Mietvorauszahlung für einen bis zum Jahr 2014 laufenden Gebäude-Mietvertrag. Auch wurden Vorauszahlungen für die Reservierung von Parkplätzen und für Erträge im Bereich Marketing aus Internetverlinkungen abgegrenzt.

## (14) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

**Haftungsverhältnisse** bestehen insgesamt in Höhe von TEUR 368 (i. Vj. TEUR 400). Diese betreffen eine selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber der Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden, für Avalkredite an eine Bietergemeinschaft sowie an eine Privatperson. Im Berichtsjahr wurde die Vertragserfüllungsbürgschaft gegenüber der DZ Bank AG in Höhe von TEUR 32 zurückgegeben.

Von den **Sonstigen finanziellen Verpflichtungen** betreffen mit TEUR 1.500 das „Schallschutzprogramm“ zur Start- und Landebahnverlängerung und mit TEUR 1.383 eine eventuell eintretenden Zahlungsverpflichtung aus dem Heimfall eines Erbbaurechts. Für Investitionsvorhaben in Sachanlagen bestehen Verpflichtungen im Gesamtbetrag von TEUR 3.951. Verpflichtungen aus Leasingverträgen betragen TEUR 437, die Verpflichtungen aus der Anmietung des Parkhauses TEUR 15.688. Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen von insgesamt TEUR 22.959 sind TEUR 6.890 innerhalb eines Jahres, TEUR 3.469 innerhalb von zwei bis fünf Jahren und TEUR 12.600 nach fünf Jahren fällig.

## (15) Umsatzerlöse

	2010 EUR	2009 EUR
Aviation	26.291.737,16	23.863.554,63
Non-Aviation	16.707.199,67	17.793.950,17
Sonstige Umsätze	202.645,25	379.196,87
	43.201.582,08	42.036.701,67

## (16) Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Gesellschaft hat die im Rahmen der Umsetzung von Investitionsprojekten angefallenen Eigenleistungen mit ihren Herstellungskosten aktiviert.

## (17) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (TEUR 903; i. Vj. TEUR 885,). Ebenso sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 1.448 (i. Vj. TEUR 791) enthalten, die im Wesentlichen Buchgewinne aus Anlagenverkäufen (TEUR 482; i. Vj. TEUR 41), Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen (TEUR 130; i. Vj. TEUR 417) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 478; i. Vj. TEUR 176) betreffen.

Die Erträge aus der Währungsumrechnung betragen EUR 483,78 (i.Vj. EUR 933,37).

Die Gesellschaft hat aus dem mit der EGH im Jahr 2009 geschlossenen Optionsvertrag Erträge von TEUR 3.423 (i. Vj. TEUR 4.575) erzielt. Das Land Rheinland-Pfalz hat zur Finanzierung von Sicherheitskosten eine Förderung von TEUR 6.705 (i. Vj. TEUR 3.500) gewährt.

## (18) Materialaufwand

	2010 EUR	2009 EUR
Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	10.404.237,55	7.416.397,39
Aufwendungen für bezogene Leistungen	17.245.936,59	17.563.190,93
	27.650.174,14	24.979.588,32

#### (19) Personalaufwand

	2010 EUR	2009 EUR
Löhne und Gehälter	14.812.712,96	13.369.939,66
	14.812.712,96	13.369.939,66
Soziale Abgaben	2.742.136,75	2.455.275,81
Aufwendungen für Altersversorgung	338.754,16	57.863,96
	3.080.890,91	2.513.139,77
	17.893.603,87	15.883.079,43

Die im Vergleich zum Vorjahr höheren Aufwendungen für Altersversorgung resultieren aus der Regelzuführung zur Pensionsrückstellung in Höhe von TEUR 304 (i. V. TEUR 24).

#### (20) Abschreibungen

Die Abschreibungen von TEUR 11.827 (i. Vj. TEUR 12.480) sind im Anlagenspiegel auf die einzelnen Bilanzposten aufgeteilt. Sie enthalten mit TEUR 11.572 (i. Vj. TEUR 11.102) planmäßige Abschreibungen und mit TEUR 255 (i. Vj. 1.378) außerplanmäßige Abschreibungen, die vergebliche Planungskosten betreffen.

#### (21) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen:

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Leasingaufwand, Mieten und Pachten	2.165	2.014
Werbung	1.465	1.713
Datenverarbeitung, Telekommunikation und Internet	1.146	1.112
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	696	912
Versicherungen und Beiträge	703	706
Personalnebenkosten	512	270
Entsorgungskosten	216	243
Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	73	126
Abschreibungen auf Forderungen	8	2
Periodenfremde Aufwendungen	303	40
Übrige	742	659
	8.029	7.797

Die periodenfremden Aufwendungen entfallen mit TEUR 15 (i. Vj. TEUR 40) auf Buchverluste aus Anlagenabgängen und mit 288 TEUR auf Aufwendungen die im Wesentlichen aus getroffenen Vergleichsvereinbarungen bzgl. Verbindlichkeiten mit Dritten bestehen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung betragen EUR 387,78 (i.Vj. EUR 605,16).

#### (22) Finanzergebnis

	2010 EUR	2009 EUR
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen (HCM)	1,00	0,00
Erträge aus Ausleihungen	15.022,45	18.077,19
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.936.951,27	446.654,21
(davon aus der Abzinsung von Rückstellungen)	(41.281,77)	(0,00)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.730.037,66	-5.380.124,84
(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	(111.337,59)	(0,00)
	-2.778.062,94	-4.915.393,44

Im Jahr 2004 wurde erstmals im Zusammenhang mit einer zu einem variablen Zinssatz erfolgten Darlehensaufnahme (IKB, Luxemburg, EUR 18 Mio.; Laufzeit bis 30. September 2012) zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos ein Zins-Swap (Zinstauschvereinbarung) in Form eines Payer-Swaps abgeschlossen. Im Jahr 2005 wurden zwei weitere Darlehen auf diese Weise abgeschlossen (Grundgeschäft und Payer-Swap bei der Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden, in Höhe von EUR 20 Mio., Laufzeit bis 30. Dezember 2014; Grundgeschäft bei der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, und Payer-Swap bei der IKB, Luxemburg, in Höhe von EUR 20 Mio., Laufzeit bis 30. Dezember 2014). Letzteres Darlehen wurde zum 31. August 2009 von der ISB Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz abgelöst und von dieser zu 100% an die KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgezahlt.

Anschaffungskosten fielen für diese Zins-Swaps nicht an. Die Marktwerte werden von den jeweiligen Kreditinstituten entsprechend den Marktbewertungsmethoden ermittelt und der FFHG mitgeteilt. Die Marktwerte der Swaps belaufen sich zum Bilanzstichtag auf EUR -3,2 Mio. (i. Vj. EUR -2,9 Mio) für die drei Zins-Swaps.

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind mit TEUR 721 (i. Vj. TEUR 284) ein Bürgschaftsentgelt enthalten, das die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH für die Besicherung von Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH an das Land Rheinland-Pfalz entrichtet hat, sowie mit TEUR 21 Avalprovisionen.

#### (23) Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis von TEUR -273 enthält die sich zum 1. Januar 2010 ergebenden Bewertungsänderungen durch die Umstellung auf das BilMoG, davon betreffen TEUR 271 die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen und TEUR 2 die Aufzinsung der Rückstellung für Altersteilzeit.

### III. Ergänzende Angaben

#### (24) Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Das EnWG verpflichtet Energieversorgungsunternehmen zur Entflechtung gem. §§ 6 bis 10 EnWG. Durch den Betrieb eines



Elektrizitätsverteilungsnetzes sowie den Vertrieb von Elektrizität auf dem Betriebsgelände sind wir gemäß § 3 Nr. 38 EnWG grundsätzlich als ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen anzusehen. Das zum 31. Dezember 2010 betriebene Elektrizitätsversorgungsnetz ist nach unserer Auffassung, gestützt durch ein Gutachten der von uns beauftragten Rechtsanwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, Köln, als Objektnetz (Dienstleistungsnetz) gem. § 110 Abs. 1 Nr. 2 EnWG einzustufen.

Unter Verweis auf § 110 Abs. 1 EnWG und das beauftragte Gutachten vertreten wir unverändert die Auffassung, dass die diesbezüglichen Regelungen zur erweiterten Rechnungslegungspflicht (§10 EnWG) für uns nicht einschlägig sind. Daran ändert auch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs („EUGH“) vom 22. Mai 2008 nichts.

Der EuGH hat zwar im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens des Oberlandesgerichtes Dresden vom 17. Oktober 2006 festgestellt, dass § 110 Abs. 1 Nr. 1 EnWG den Regelungen des Gemeinschaftsrechts entgegensteht, ohne unmittelbar selbst über die Vereinbarkeit einer nationalen Maßnahme (hier § 110 Abs. 1 Nr. 1 EnWG) mit dem Gemeinschaftsrecht zu entscheiden. Hierzu ist er unserer Rechtsauffassung nach im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens auch nicht befugt. Zudem erstreckte sich der Streit auf § 110 Abs. 1 Nr. 1 EnWG und betraf nur die Frage des Netzzugangs. Dritten, die sich auf das Recht des freien Netzzugangs berufen, wird er gewährt. Aufgrund dieser Aspekte haben wir eine Entflechtung der internen Rechnungslegung daher nicht vorgenommen.

#### (25) Abschlussprüferhonorar

	2010 EUR	2009 EUR
Abschlussprüferleistungen	61.464,00	75.750,00
(davon für Vorjahr)	(6.464,00)	(0,00)
Andere Bestätigungsleistungen	23.477,06	105.853,30
Steuerberatungsleistungen	0,00	22.557,26
Sonstige Leistungen	106.741,46	10.000,00
	<b>191.682,52</b>	<b>214.160,56</b>

#### (26) Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte (ohne Organe) zum Stichtag 374 Stammbeschäftigte (i. Vj. 347) und im Jahresdurchschnitt 372 (i. Vj. 345) Stammbeschäftigte, davon 35 (i. Vj. 36) außertarifliche Mitarbeiter.

#### (27) Organe der Gesellschaft

##### Geschäftsführung

Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2010:

Jörg Schumacher, Jurist, Horbruch  
Wolfgang Pollety, Dipl.-Kfm., Boppard

Die Bezüge der Geschäftsführer werden in Anwendung der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB nicht ausgewiesen.

##### Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz :

Dr. Jochen Langen	Joachim Mertes
Vorsitzender Ministerialdirigent a.D.	Stellvertretender Vorsitzender Mainz MdL, Präsident des Landtages Rheinland-Pfalz
Hans-Josef Bracht , Mainz	Prof. Jürgen Hiller Mainz
MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU	Ministerialdirigent im Ministerium des Inneren und für Sport bis zum 7. Dezember 2010 - derzeit gibt es noch keinen Nachfolger
Klaus Stumpf, Mainz	Dr. Petra Wried, Mainz
Ltd. Ministerialrat im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	Ministerialrätin im Ministerium der Finanzen bis 31. Dezember 2010
Arbeitnehmersvertreter Jörg Munsteiner, Hahn-Flughafen	Alexander Fuchs, Mainz
Betriebsratsratsmitglied der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH	Ministerium der Finanzen
Vertreter des Landes Hessen:	Vertreter der Kommunen:
Jochen Riebel, Flörsheim am Main, Staatsminister a. D.	Bertram Fleck, Simmern
Wurde im Jahr 2010 per Kabinettsbeschluss vertreten durch: Dr. Holger Sewering Wiesbaden Hessische Staatskanzlei	Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises
Klaus-Dieter Jäger Wiesbaden	Harald Rosenbaum, Kirchberg
Ministerialdirigent im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchberg

#### (28) Beteiligungsgesellschaften

Die Anteile am Stammkapital der Hahn Campus Management GmbH ("HCM") in Höhe von TEUR 26 mit Sitz in Lautzenhausen-Flughafen Hahn wurden im Jahr 2008 abgeschrieben. Der Grund hierfür waren die Verluste in den vergangenen Jahren, die auch für die Zukunft erwartet wurden. Es war von einer dauerhaften Wertminderung nach § 253 Ab.2 Satz 3 HGB auszugehen.

Die Geschäftsanteile an der HCM wurden mit Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 26. Januar 2010 rückwirkend zum 1. Januar 2010 zu einem Verkaufspreis von EUR 1,- verkauft.

#### Hahn-Flughafen, den 15. Februar 2011

##### Die Geschäftsführung

**Jörg Schumacher, Geschäftsführer (Sprecher)**

**Wolfgang Pollety, Geschäftsführer**

#### Entwicklung des Anlagevermögens (erweiterte Bruttodarstellung)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand am 31.12.2010 €
	Stand am 01.01.2010 €	Zugänge €	Umbuchungen/ Umgliederung €	Abgänge €	
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände					

Konzessionen u. Lizenzen / Software	1.199.370,35	905.541,40	4.667.410,39	-6.815,28	6.765.506,86	
	1.199.370,35	905.541,40	4.667.410,39	-6.815,28	6.765.506,86	
<b>Sachanlagen</b>						
Grundstücke und Bauten	161.976.222,34	-541.296,35	-899.225,15	-	157.822.452,17	
				2.713.248,67		
Technische Anlagen und Maschinen	65.494.458,14	5.341.880,15	7.815.235,27	-	76.683.380,53	
				1.968.193,03		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.396.546,93	1.153.169,06	36.402,39	-288.215,03	21.297.903,35	
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.659.343,04	8.640.403,56	-11.619.822,90	-821.814,35	8.858.109,35	
	260.526.570,45	14.594.156,42	-4.667.410,39	-	264.661.845,40	
				5.791.471,08		
<b>Finanzanlagen</b>						
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59	0,00	0,00	-25.564,59	0,00	
sonstige Ausleihungen	452.835,49	0,00	-136.573,09	-79.065,60	237.196,80	
	478.400,08	0,00	-136.573,09	-104.630,19	237.196,80	
	262.204.340,88	15.499.697,82	-136.573,09	-	271.664.549,06	
				5.902.916,55		
	Kumulierte Abschreibungen		Kumulierte Abschreibungen			
	Stand am	Abschreibungen des	Umbuchungen/	Zuschreibung	Abgänge	Stand am
	01.01.2010	Geschäftsjahres	Umgliederung			31.12.2010
	€	€	€	€	€	€
<b>Anlagevermögen</b>						
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
Konzessionen u. Lizenzen / Software	774.444,35	302.464,59	-982,80	0,00	-2.155,28	1.073.770,86
	774.444,35	302.464,59	-982,80	0,00	-2.155,28	1.073.770,86
<b>Sachanlagen</b>						
Grundstücke und Bauten	46.441.330,86	5.639.559,24	-946.177,80	0,00	-	49.831.523,14
					1.185.527,25	
Technische Anlagen und Maschinen	27.187.726,00	3.941.744,07	947.866,49	0,00	-167.674,91	30.147.271,53
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.945.873,93	1.806.275,45	0,00	0,00	-549.072,77	13.479.929,35
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.378.019,15	254.812,80	-705,89		-821.814,35	810.311,71
	86.952.949,94	11.524.729,65	982,80	0,00	-	94.269.035,73
					4.209.626,66	
<b>Finanzanlagen</b>						
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59	0,00	0,00	0,00	-25.564,59	0,00
sonstige Ausleihungen	316.262,40	0,00		0,00	-79.065,60	237.196,80
	341.826,99	0,00	0,00	0,00	-104.630,19	237.196,80
	88.069.221,28	11.827.194,24	0,00	0,00	-	95.580.003,39
					4.316.412,13	
			Buchwert			
			31.12.2010		31.12.2009	
			€		€	
<b>Anlagevermögen</b>						
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
Konzessionen u. Lizenzen / Software			5.691.736,00		424.926,00	
			5.691.736,00		424.926,00	
<b>Sachanlagen</b>						
Grundstücke und Bauten			107.990.929,03		115.534.891,48	
Technische Anlagen und Maschinen			46.536.109,00		38.306.732,14	
Betriebs- und Geschäftsausstattung			7.817.974,00		8.450.673,00	
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			8.047.797,64		11.281.323,89	
			170.392.809,67		173.573.620,51	
<b>Finanzanlagen</b>						
Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00		0,00	
sonstige Ausleihungen			0,00		136.573,09	
			0,00		136.573,09	
			176.084.545,67		174.135.119,60	

### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH, Lautzenhausen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt. Wegen der von der Gesellschaft vertretenen Auslegung des EnWG, wonach sie getrennte Konten nicht führen muss, verweisen wir auf den Abschnitt Energiewirtschaftsgesetz im Anhang.

**Mainz, den 11. März 2011**

**PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Dr. Ralf Worster, Wirtschaftsprüfer  
ppa. Michael Neutz, Wirtschaftsprüfer**

Gemäß der Gesellschafterversammlung vom 04.04.2011 wird der im Geschäftsjahr 2010 entstandene Jahresfehlbetrag von €10.855.691,52 durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.